

**abgeschlossen am
19. April 2001**

	<u>Seite</u>
1. Der Congress und der Luftzwischenfall über dem Südchinesischen Meer	1
2. Senat stimmt für Reform der Wahlkampffinanzierung	3
3. Senat und Repräsentantenhaus uneinig über Bushs Steuerpaket	6
4. Senat beschließt Ausbau des Medicaid-Programms	7
5. Senat und Administration handeln bildungspolitischen Kompromiss aus	8
6. Kritik an der Verweigerungshaltung Bushs in der Klimapolitik	9
7. Debatte über Sanktionspolitik kündigt sich an	10

4/2001

0. Der Congress befindet sich in seiner traditionellen zweiwöchigen Osterpause und wird seine Sitzungstätigkeit am 23./24. April wieder aufnehmen.

1. Der Congress und der Luftzwischenfall über dem Südchinesischen Meer

Im Congress hat der Zwischenfall um das amerikanische EP-3 E Aufklärungsflugzeug, das am 1. April 2001 nach der Kollision mit einem chinesischen F-8 Abfangjäger über dem Südchinesischen Meer auf der Insel Hainan notlanden musste, die Kritiker der amerikanischen Chinapolitik auf den Plan gerufen.

Die Volksrepublik China hatte die 24-köpfige amerikanische Besatzung des Flugzeuges für elf Tage isoliert und erst am 11. April 2001 nach einem Brief des Präsidenten, in dem dieser sein tiefes Bedauern zum Ausdruck gebracht hatte, freigegeben. Über die Rückgabe des mit modernster Aufklärungselektronik ausgestatteten Flugzeuges wird derzeit noch verhandelt.

Die chinesische Regierung hatte den USA in scharfem Ton vorgeworfen, die Kollision, bei der ein chinesischer Militärpilot ums Leben gekommen war, verursacht zu haben, und eine förmliche Entschuldigung für den Zwischenfall verlangt. Zudem forderte sie die USA auf, sämtliche Aufklärungsflüge vor der chinesischen Küste sofort einzustellen. Die Bush-Administration wiederum hatte betont, dass sich der Zwischenfall in internationalen Luftraum ereignet hat. Zudem wurde sie nicht müde darauf hinzuweisen, dass es der chinesische Abfangjäger gewesen sei, der mit seinen aggressiven Flugmanövern die Kollision verschuldet habe.

Präsident Bush hatte in den ersten Tagen der diplomatischen Krise zunächst vor einer ernsthaften Beschädigung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen gewarnt, dann aber einen deeskalierenden Ton gewählt und betont, dass der bedauerliche Zwischenfall keine „Destabilisierung“ der Beziehungen zur Folge haben solle. Offensichtlich lehnte der Präsident es im Zuge der Notlandung des amerikanischen Aufklärungsflugzeuges und der Festsetzung der Besatzung ab, den Flugzeugträger Kitty Hawk in das südchinesische Meer zu beordern. Jede militärische Eskalation sollte vermieden und stattdessen eine schnelle diplomatische Lösung des Luftzwischenfalls gesucht werden. Bush unterstrich damit, dass er sich der Kosten und Risiken eines allzu forschenden Unilateralismus durchaus bewusst ist.

Im Gegensatz zu seinem Amtsvorgänger Clinton, der 1995/96 im Zuge der Spannungen in der Taiwan-Straße noch zwei Flugzeugträger ins Krisengebiet beordert hatte, verzichtete Bush auf militärische Signale und setzte exklusiv auf diplomatische Lösungen. Allerdings kündigte die Administration nach der Freilassung der amerikanischen Flugzeug-Besatzung an, dass amerikanische Aufklärungsflüge vor der chinesischen Küste zukünftig durch eigene Abfangjäger begleitet und geschützt würden.

Im Congress ist das Verhalten der chinesischen Regierung sowohl von linken Demokraten als auch von konservativen Republikanern heftig kritisiert worden. „Die Art und Weise, wie die chinesische Regierung diesen Zwischenfall gehandhabt hat“, so *Minority Leader* Richard A. Gephardt (D-Mo.) im Repräsentantenhaus, verstärkt meine Bedenken mit Blick auf die Bereitschaft Chinas, das (internationale) Recht einzuhalten.“ Ähnlich äußerte sich auch der Demokrat Robert Torricelli (N.J.), Mitglied des Auswärtigen Ausschusses im Senat, der davor warnte, dass der Zwischenfall „einen fundamentalen Wandel in unseren Beziehungen zu China auslösen“ könnte.

Noch schärfer wurde das Verhalten der chinesischen Regierung nach dem Luftzwischenfall von konservativen Republikanern gerügt. Im Senat bezeichnete *Majority Leader* Trent Lott (R-Miss.) die Forderung der chinesischen Regierung nach einer förmlichen Entschuldigung der USA als vollkommen „absurd und lächerlich“. Henry J. Hyde (R-Ill.), der Vorsitzende des International Relations Committee im Repräsentantenhaus, konstatierte, dass der Zwischenfall jene Stimmen dämpfen dürfte, die sich für eine „strategische Partnerschaft“ mit China stark gemacht hätten.

Unterstützt wurde die Kritik konservativer Republikaner im Congress an der Politik der chinesischen Regierung durch einflussreiche Parteigänger der GOP wie Robert Kagan oder William Kristol, die Präsident Bush vorwarfen, in der Krise „verloren“ zu haben. Das Ende des Zwischenfalls sei nicht das Ergebnis erfolgreicher Kooperation zwischen Washington und Beijing, sondern das Produkt „chinesischer Erpressung“, und die USA hätten einen massiven Glaubwürdigkeitsverlust bei ihren Alliierten in der Region erlitten.

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass Republikaner wie John McCain (R-Ariz.), Mitglied des Streitkräfteausschusses im Senat, erklärt haben, dass sie dem Verkauf hochmoderner Waffensysteme (z. B. Zerstörern der *Aegis*-Klasse) an Taiwan nicht mehr gänzlich ablehnend gegenüber stünden. Taiwan, so McCain, müsse im Angesicht der aggressiven Haltung der Volksrepublik die Fähigkeit haben, „sich selbst zu verteidigen“. Bereits zuvor hatte eine Gruppe von über 80 Mitgliedern des Congress Präsident Bush in einem Brief dazu aufgefordert, Taiwan mit modernen Waffensystemen auszurüsten, um der Aufrüstungspolitik Beijings etwas entgegenzusetzen. Die Volksrepublik lehnt solche Waffenlieferungen an Taiwan aufs Schärfste ab - Präsident Bush hat allerdings noch keine offizielle Entscheidung getroffen.

Der Luftzwischenfall über dem Südchinesischen Meer hat im Congress auch Kritik an der im Jahr 2000 beschlossenen Normalisierung der Handelsbeziehungen zur Volksrepublik China ausgelöst (vgl. CR 5/2000, S. 1). „Es sei eine Tatsache“, so der konservative Republikaner Tom Tancredo (Colo.), „dass sich China – während wir mit dem Land Handel treiben – auf den Krieg vorbereitet.“ Die Gewährung der Meistbegünstigung an China müsse deshalb überdacht werden. Im Repräsentantenhaus wurde am 4. April 2001 denn auch eine entsprechende Gesetzesinitiative (*House Resolution 1497*) eingebracht.

Der teilweise hitzige Ton im Congress im Gefolge des Luftzwischenfalls über dem Südchinesischen Meer macht deutlich, wie schwierig es für den neuen republikanischen Präsidenten werden dürfte, eine in sich geschlossene Chinapolitik zu entwickeln und darüber vor allem mit den konservativen Republikanern im Capitol Konsens herzustellen. Das gilt nicht nur für die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Taiwan-Frage, sondern auch für die Felder der nuklearen Nichtweiterverbreitungs- und Menschenrechtspolitik, in denen konservative Republikaner nicht müde werden, eine Politik der Stärke (und der Sanktionen) zu fordern.

2. Senat stimmt für Reform der Wahlkampffinanzierung

Der Senat hat am 2. April 2001 mit 59 gegen 41 Stimmen die von den Senatoren John McCain (R-Ariz.) und Russell Feingold (D-Wash.) eingebrachte Vorlage zur Reform der Wahlkampffinanzierung (S. 27) angenommen (vgl. CR 3/2001, S. 4). Für die Vorlage haben 47 Demokraten und 12 Republikaner gestimmt, dagegen 3 Demokraten und 38 Republikaner.

Die *McCain-Feingold Bill* zielt auf die Regulierung kontroverser Spenden- und Wahlkampfpraktiken, mit denen Politiker, Parteien und Interessengruppen seit den 1980er Jahren zunehmend die Bestimmungen des *Federal Election Campaign Act* (FECA) von 1971/74 unterlaufen. Insbesondere sieht der Gesetzentwurf vor, dass

- *soft money contributions*, die bisher unbegrenzten Spenden an die Parteien, die mittlerweile größtenteils für die direkte Werbung für Präsidentschafts- und Congress-Kandidaten eingesetzt werden, verboten werden sollen und
- Anzeigenkampagnen von Interessengruppen, die unter Umgehung der Spendenlimits des FECA zugunsten einzelner Kandidaten in Wahlkämpfe eingreifen (*sham issue ads*), reguliert werden.

Der Verabschiedung der in den Vorjahren mehrfach im Senat gescheiterten Reformvorlage (vgl. CR 1/2001, S. 3 und 10/1999, S. 8) ging ein zweiwöchiger Debatten-Marathon voraus, in dem in einem offenen Schlagabtausch über mehr als 20 Änderungsanträge und Alternativvorlagen verhandelt wurde. Die Annahme einer Reihe von Änderungsvorschlägen im Zuge der Senats-Debatte hat die Verabschiedung des Entwurfs erleichtert; die Zusätze können jedoch neue Probleme in der weiteren Beratung aufwerfen.

McCain und Feingold haben mit einer Kompromisslösung vor allem einen Änderungsantrag von Senator Fred Thompson (R-Tenn.) aufgegriffen, der eine Anhebung der Limits für direkte Spenden an die Kandidaten (*hard money contributions*) vorsieht. Nach den bisherigen Bestimmungen sind solche Spenden auf 1.000 USD je Kandidat und Wahl und die Gesamtspendensumme auf 25.000 USD jährlich begrenzt. Diese Spendenobergrenzen sind seit Inkrafttreten des FECA 1974 nicht erhöht worden.

Der mit 84 zu 16 Stimmen angenommene Kompromiss sieht vor, dass

- das Spendenlimit für Kandidaten in Bundeswahlen auf 2.000 USD je Wahl (einschließlich Vorwahlen und Stichwahlen) angehoben und
- die Gesamtobergrenze für Spenden von Einzelpersonen auf jährlich 37.500 USD erhöht sowie
- zusätzlich eine regelmäßige Inflationsanpassung der Spendenlimits durch die *Federal Election Commission* eingeführt wird.

Zudem soll die Obergrenze für Spenden an Organe der Bundesparteien von jährlich 20.000 USD auf 25.000 USD steigen, während die Limits für Spenden von *Political Action Committees* (PACs) unverändert bleiben.

Die Anpassung der Spendenbegrenzungen kommt insbesondere der Republikanischen Partei entgegen, die traditionell einen Vorteil in der Einwerbung von hard money contributions genießt. Demgegenüber haben die meisten Demokraten diese Änderungen nur unter Vorbehalten akzeptiert, um eine Annahme der McCain-Feingold Bill nicht zu gefährden.

Noch problematischer scheint der mit 51 zu 46 Stimmen angenommene Änderungsvorschlag von Senator Paul Wellstone (D-Minn.), der das Verbot aktiver Wahlwerbung von Seiten der Gewerkschaften und Unternehmen für oder gegen einzelne Kandidaten in einem Zeitraum von 60 Tagen vor den Wahlen bzw. 30 Tagen vor den Vorwahlen auf alle Interessengruppen ausweitet.

Senator McCain wie andere Befürworter der Reform halten diese Ausweitung für verfassungsrechtlich fragwürdig, da der *Supreme Court* bisher vergleichbare Einschränkungen politischer Aktivitäten (*free speech*) nur für Unternehmen und Gewerkschaften akzeptiert hat. Durchgesetzt wurde die Ergänzung von einer Koalition von linken Demokraten, die eine Verschärfung der Bestimmungen befürworteten, und rechten Republikanern, die durch solche verschärfende Zusätze die Annahme des Gesamtpakets verhindern wollen.

Weitere im Verlauf der Beratungen angenommene Zusätze sichern Kandidaten günstige Tarife für die Fernsehwerbung zu, die saisonal bedingt in den Wahlkampfphasen in der Regel vergleichsweise teuer ist, und lockern die Spendenbegrenzungen für Kandidaten, deren Gegner erhebliche Eigenmittel für ihre Wahlkämpfe aufbringen. Die Zusätze wurden jeweils mit 70 zu 30 Stimmen angenommen.

Demgegenüber konnte die Reformkoalition zwei von Senator Orrin Hatch (R-Utah) eingebrachte Änderungsanträge abwehren, die Gewerkschaften und Unternehmen verpflichten sollten, für Spenden eine schriftliche Genehmigung ihrer Mitglieder bzw. Anteilseigner einzuholen. Mit 69 zu 31 Stimmen verlor das sogenannte *paycheck protection amendment* überraschend deutlich, wobei sich 19 Republikaner den 50 Demo-

kraten in der Ablehnung des Antrags anschlossen. Die Annahme des Zusatzes hätte die Unterstützung der Demokraten für das Reformpaket ernstlich in Frage gestellt.

Von ähnlicher Bedeutung für die Erfolgsaussichten der Reform ist auch die Ablehnung einer Klausel, die vorsah automatisch die zentralen Elemente der Gesetzesänderung außer Kraft zu setzen, sollte der Supreme Court einzelne Teile der Reform für verfassungswidrig erklären (*non-severability*). McCain und Feingold bezeichneten die mit 57 zu 43 Stimmen verworfene Änderung als direkten Versuch einer Sabotage der Reform. 44 Demokraten und 13 Republikaner lehnten den gemeinsamen Antrag von Senator John Breaux (D-La.) und Bill Frist (R-Tenn.) ab, während sich 6 Demokraten und 37 Republikaner dafür aussprachen.

Das Repräsentantenhaus hatte bereits 1998 und 1999 mit komfortablen Mehrheiten Vorlagen von Christopher Shays (R-Conn.) und Martin T. Meehan (D-Mass.) angenommen (*Shays-Meehan Bill*, vgl. CR 9/1999, S. 9 und 5/1998, S. 6), die dem Gesetzentwurf der Senatoren McCain und Feingold in den zentralen Punkten entsprachen.

In der veränderten Fassung ist eine umstandslose Annahme der McCain-Feingold Bill jedoch keineswegs sicher. Die republikanischen Gegner der Reform, die im Repräsentantenhaus von dem einflussreichen republikanischen Fraktionsgeschäftsführer Tom DeLay (Tx.) geführt werden, haben bereits angekündigt, alles zu tun, um eine Verabschiedung durch den Congress doch noch zu verhindern.

Dabei könnte ihnen entgegenkommen, dass von demokratischer Seite zumal gegen die Erhöhung der Spendenlimits Bedenken erhoben werden. Die demokratische Fraktionsführung um Dick Gephardt (Mo.) schließt eine Änderung der Reformvorlage in diesem wichtigen Punkt nicht aus. Die Annahme des Gesetzentwurfs durch das Repräsentantenhaus in abgeänderter Form würde die Einberufung eines Vermittlungsausschusses und gegebenenfalls weitere Abstimmungen in beiden Kammern erfordern und damit die Reformkoalition erneut auf die Probe stellen.

Präsident Bush hat im Vorfeld der Senatsberatungen zwar seine bereits im Wahlkampf 2000 detaillierten Vorstellungen bekräftigt, allerdings im Zuge der Debatte deutlich werden lassen, dass er eine kompromissfähige Reform nicht an seinem Veto scheitern lassen will. Bush hat die von Senator Chuck Hagel (R-Neb.) eingebrachte Alternative zur McCain-Feingold Bill, die unter anderem soft money contributions an die Parteien nicht gänzlich untersagt, sondern nur begrenzt hätte, als eine auch für ihn akzeptable Reformvariante charakterisiert. Die Ablehnung des Hagel-Kompromisses durch Senat ist insofern eine Niederlage für den Präsidenten. Doch eine offene Konfrontation mit Senator McCain, dem Vorwahlkampfgegner Bushs, scheint das Weiße Haus mit Blick auf den Zusammenhalt der Partei vermeiden zu wollen.

3. Senat und Repräsentantenhaus uneinig über Bushs Steuerpaket

Während das Repräsentantenhaus im Zuge der laufenden Haushaltsberatungen weitgehende Zustimmung zu den Steuersenkungsplänen der Bush-Administration signalisiert hat, zeichnet sich in den Beratungen im Senat eine Mehrheit für eine deutliche Reduzierung des projektierten Entlastungsvolumens von ca. 1,6 Bill. USD bis 2010 ab (vgl. CR 2/2001, S. 1).

Das Repräsentantenhaus hat sich in einer Serie von Abstimmungen Ende März und Anfang April 2001 für die einzelnen Komponenten wie das Gesamtvolumen der Steuerreform ausgesprochen. Am 28. März verabschiedete das Repräsentantenhaus in einer parteipolitisch scharf polarisierten Entscheidung zunächst mit 222 gegen 205 Stimmen eine Haushaltsresolution, die Mittel für Steuerentlastungen in der von Präsident Bush geforderten Höhe reserviert. Mit der Republikanischen Fraktion stimmten nur 3 Demokraten, während sich 2 Republikaner der Opposition anschlossen. Die jährlichen Haushaltsresolutionen des Congress sind zwar nicht bindend, geben aber den Rahmen für die Budgetplanung vor.

Mit 282 zu 144 Stimmen wurden am folgenden Tag zudem die von Präsident Bush vorgeschlagenen Steuerleicherungen für Ehepaare mit Doppelleinkommen (*marriage tax penalty*) und eine Erhöhung der Vergünstigungen für Familien mit Kindern angenommen. Der Zuschnitt der Entlastungen wurde dabei geringfügig zugunsten der unteren Einkommensgruppen korrigiert. 64 Abgeordnete der Demokratischen Fraktion schlossen sich der republikanischen Mehrheit an, 143 stimmten gegen die Entlastungen.

Die umstrittene schrittweise Abschaffung der Erbschaftssteuer wurde am 4. April mit 274 gegen 154 Stimmen angenommen, nachdem das Repräsentantenhaus zuvor eine demokratische Alternativvorlage mit 227 gegen 201 Stimmen abgelehnt hatte. Der Vorschlag der Demokraten hatte eine deutliche Erhöhung der Freibeträge in Aussicht gestellt, dagegen an einer Besteuerung von Großvermögen festgehalten.

Im Senat zeigte dagegen bereits eine Abstimmung über einen demokratischen Vorschlag zur Absenkung des Steuerentlastungsvolumens am 3. April die Schwierigkeiten, eine Mehrheit für die Reformpläne des Präsidenten zu finden. Die Entscheidung fiel bei Stimmengleichstand durch das Votum Vizepräsident Cheneys gegen die demokratische Vorlage, die eine Reduzierung der Steuererleichterungen zugunsten der gegenwärtig geplanten Medikamenten-Zusatzversicherung für Senioren, Behinderte und chronisch Kranke vorsah (vgl. CR 2/2001, S. 6). Nur Senator Zell Miller (D-Ga.) und Lincoln D. Chafee (R-R.I.) wichen von der jeweiligen Parteilinie ab.

In einer weiteren Abstimmung über eine Vorlage von Senator Tom Harkin (D-Iowa) unterlag die Administration allerdings am 4. April der Opposition mit 47 gegen 53 Stimmen. Der Harkin-Vorschlag sah eine Absenkung der Steuerentlastungen um 450 Mrd. USD vor, die zu gleichen Teilen einer Erhöhung der Bildungsausgaben und der

Tilgung der Bundesschulden zufließen sollten. Die republikanischen Senatoren Lincoln Chafee, James M. Jeffords (Vt.) und Arlan Specter (Pa.) stimmten mit den Demokraten, Senator Zell Miller mit den Republikanern; Trent Lott (Miss.), der republikanische Senatsführer, änderte sein Nein- in ein Ja-Votum, um so gemäß der Geschäftsordnung des Senats eine Neuabstimmung beantragen zu können.

In der jährlichen Budget-Resolution hat sich der Senat am 7. April schließlich mit 65 gegen 35 Stimmen für ein Steuerentlastungsvolumen von 1,2 Bill. USD ausgesprochen. Mit den 50 republikanischen Senatoren stimmten dabei 15 Demokraten um Senator John Breaux (La.), der sich bereits zuvor um einen Kompromiss mit der Administration bemüht hatte.

Die Administration hat in ersten Reaktionen den Senats-Kompromiss als respektables Ergebnis charakterisiert und darauf hingewiesen, dass eine Bewilligung der Steuersenkungen in voller Höhe nicht zu erwarten gewesen sei. Demgegenüber hat Tom Daschle (S.D.), der demokratische Parteiführer im Senat, einen klaren Erfolg für die Opposition reklamiert. Die Haushaltsresolutionen der beiden Kammern müssen jedoch noch in einem Vermittlungsverfahren angeglichen werden, in dem voraussichtlich ein Wert zwischen den Rahmenvorgaben von Senat und Repräsentantenhaus vereinbart wird.

4. Senat beschließt Ausbau des Medicaid-Programms

Der Senat hat Anfang April 2001 einstimmig eine Aufstockung der Bundesmittel für den Ausbau von Medicaid, das gemeinsam von Bund und Einzelstaaten getragene Krankenversicherungsprogramm für Sozialhilfebezieher und einkommensschwache Familien, beschlossen.

Der von den Senatoren Ron Wyden (D-Ore.) und Gordon H. Smith (R-Ore.) eingebrachte Änderungsantrag zur jährlichen Haushaltsresolution des Senats sieht für die kommenden drei Jahre zusätzliche Mittel für Medicaid in Höhe von 28 Mrd. USD vor. Die Gelder sollen über das 1997 neu eingerichtete *State Children's Health Insurance Program* (S-CHIP), das den Einzelstaaten Bundeszuschüsse für die Versicherung von Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien oberhalb der Armutsgrenze bietet, für Krankenversicherungsprogramme für Erwachsene mit geringen Einkommen bereit gestellt werden.

Der Senat begegnet mit der Initiative Befürchtungen, dass die gegenwärtige Konjunkturabschwächung erneut zu einem scharfen Anstieg des Anteils der US-Bevölkerung ohne Krankenversicherungsschutz führen könnte. Gegenwärtig sind schätzungsweise 43 Mill. US-Bürger ohne Krankenversicherungsschutz. Die vorgesehenen Mittel sollen die Krankenversicherung von bis zu 15 Millionen Personen zusätzlich ermöglichen.

Der Vorstoß des Senats muss im Zuge der laufenden Haushaltsberatungen noch mit dem Repräsentantenhaus abgestimmt werden. Nancy L. Johnson (Conn.), die Vorsitzende des Unterausschusses für Gesundheit im Steuerausschuss des Repräsentantenhauses und eine prominente Vertreterin des linken Reformflügels der Republikanischen Partei, hat die Smith-Wyden-Initiative begrüßt. Dennoch bleibt offen, ob sich das Repräsentantenhaus dem Senat in dieser Frage anschließt.

Der vom Senat befürwortete Ausbau des Medicaid-Programms überschneidet sich im Hinblick auf die Zielgruppe mit einer der zentralen gesundheitspolitischen Initiativen der Bush-Administration. Präsident Bush hat im Wahlkampf 2000 eine Ausweitung des Krankenversicherungsschutzes durch zusätzliche Steuersubventionen (*refundable tax credits* (vgl. CR 4/2000, S. 9), für die unteren Einkommensgruppen in Aussicht gestellt. Aktuell sieht die Planung der Administration Mittel in Höhe von ca. 72 Mrd. USD über einen Zeitraum von 10 Jahren für diesen Vorschlag vor.

5. Senat und Administration handeln bildungspolitischen Kompromiss aus

Vertreter des *Senate Education Committee* und der Administration haben sich Anfang April 2001 auf einen vorläufigen Kompromiss in den Verhandlungen über die bildungspolitische Reforminitiative Präsident Bushs geeinigt, die gegenwärtig im Congress beraten wird (vgl. CR 2/2001, S. 5).

Während die von Präsident Bush vorgeschlagene Erhöhung der Bildungsausgaben des Bundes und Reformen des Schulsystems auf allen Ebenen auf breite Zustimmung in beiden Parteien stoßen, sind wesentliche Elemente des Konzepts der Administration kontrovers geblieben, die von den Demokraten und Teilen der Republikanischen Partei als Gefährdung des öffentlichen Schulsystems gesehen werden. Der ausgehandelte Kompromiss bietet vor allem in der strittigen Frage der *school vouchers*, der staatlichen Gutscheine für Ausbildungszwecke, die nach den Vorstellungen der Administration auch zur Finanzierung des Besuchs von Privatschulen dienen sollen, Chancen für eine Einigung.

Die bisherige Übereinkunft sieht vor, dass die staatlichen Gutscheine zwar nicht für die Finanzierung des Besuchs privater Schulen genutzt werden können, dass aber

- vouchers zur Bezahlung privater Nachhilfe für Schüler in Schulen verwendet werden können, die in Leistungstests innerhalb von drei Jahren keine Fortschritte demonstrieren, ebenso wie
- für Hilfe beim Wechsel in andere Schulen.

Die Gesamtausgaben für solche Leistungen dürfen bis zu 15 Prozent der Bundeszuschüsse betragen.

Präsident Bush und Bildungsminister Roderick Paige haben bereits Anfang des Jahres signalisiert, dass sie ihre Reforminitiative nicht an der Frage der school vouchers scheitern lassen wollen. Vertreter des Bildungsministeriums bezeichneten die ausgehandelte Lösung als befriedigenden Teilerfolg für die Administration. Keine Einigung wurde bisher allerdings zwischen den verschiedenen Vertretern von Senat, Repräsentantenhaus und Administration in den Detailfragen der Verteilung der zusätzlichen Bundesmittel und der Regelung der Zuständigkeiten für die vorgesehenen jährlichen Schulleistungstests erreicht.

6. Kritik an der Verweigerungshaltung Bushs in der Klimapolitik

Im Repräsentantenhaus hat die Verweigerungshaltung Präsident Bushs in der Klimapolitik (vgl. CR 3/2001, S. 9), die weltweit heftige Proteste ausgelöst hat, zwischenzeitlich die Befürworter von Klimaschutzvereinbarungen auf den Plan gerufen. Bush hatte am 13. März 2001 offensichtlich auf Druck konservativer Republikaner um Chuck Hagel (Nebraska), Larry E. Craig (Idaho), Pat Roberts (Kansas), Jesse Helms (North Carolina) und Mitch McConnell (Kentucky) der Reduzierung der Treibhausgasemissionen amerikanischer Kraftwerke eine Absage erteilt, was nicht nur von Umweltschutzorganisationen in den USA, sondern auch von den Demokraten im Congress scharf kritisiert worden ist.

Im Repräsentantenhaus hat am 4. April 2001 eine Gruppe von 41 Abgeordneten unter Führung von Sheila Jackson Lee (D-Texas) und Henry Waxman (D-California) einen Gesetzentwurf (*House Resolution 117*) eingebracht, der unterstreicht, dass

- die USA die Verringerung ihrer Treibhausgasemissionen auf den Stand von 1990 bis zum Jahr 2010 vornehmen sollen;
- die globale Klimaveränderung eine Bedrohung für die nationale Sicherheit und die amerikanische Wirtschaft darstellt;
- die weltweite Klimaveränderung während der letzten 50 Jahre vor allem der Nutzung fossiler Brennstoffe und den damit verbundenen Kohlendioxid-Emissionen zuzuschreiben ist;
- die Vereinigten Staaten derzeit der größte CO₂-Produzent der Welt sind;
- die stärkere Nutzung erneuerbarer Energien den globalen Klimawandel dämpfen und mehrere hunderttausend Arbeitsplätze in den USA schaffen wird.

Außerdem hat sich der Senat am 6. April 2001 im Rahmen seiner Beratungen über die Budget-Resolution 2002, mit welcher der grobe Finanzrahmen für die Arbeit der Ermächtigungs- und Bewilligungsausschüsse abgesteckt wird, dafür ausgesprochen, 4,5 Mrd. USD zur Finanzierung von Programmen für den Klimaschutz zur Verfügung zu stellen, die Präsident Bush gestrichen sehen möchte. „Obwohl niemand der Illusion

unterliegt, dass das Kioto-Protokoll perfekt ist“, unterstreicht das Votum des Senats, so John F. Kerry (D-Mass.), „dass die Haltung der Bush-Administration inakzeptabel ist“.

7. Debatte über Sanktionspolitik kündigt sich an

Im Congress kündigt sich eine Debatte um die Sanktionspolitik der Vereinigten Staaten an. Während eine *Task Force* unter Leitung von Vizepräsident Dick Cheney die Sanktionsgesetzgebung gegenwärtig einer umfassenden Überprüfung mit dem Ziel einer grundlegenden Reform durch den Congress unterzieht, haben die Senatoren Gordon Smith (R-Ore.) und Charles E. Schumer (D-N.Y.) offensichtlich eine Kampagne gestartet, die darauf abzielt, den *Iran and Libya Sanctions Act* (ILSA) aus dem Jahr 1996 (vgl. CR 7/1996, S. 2), der im August ausläuft, um weitere fünf Jahre fortzuschreiben.

Das Gesetz sieht Sanktionen gegen jene ausländischen Firmen oder Personen vor, die mehr als 40 Mio. USD pro Jahr in die Öl- bzw. Gasindustrie des Iran oder Libyens investieren. Dadurch sollten die Handelspartner der USA dazu gezwungen werden, die Eindämmungspolitik der USA gegen die damals als „Schurkenstaaten“ eingeschätzten Länder zu unterstützen.

Mit seiner Sekundärsanktionsgesetzgebung hatte der Congress nicht nur die europäischen Bündnispartner der Vereinigten Staaten massiv gegen sich aufgebracht, sondern sich auch die Kritik der amerikanischen Ölindustrie zugezogen, die sich in den vergangenen Jahren immer wieder dafür stark gemacht hat, die Sanktionen samt und sonders aufzuheben.

Neben Erdölkonzernen wie Exxon Mobil drängen auch Öl- und Gasexplorationsfirmen wie Halliburton, dessen Vorstandsvorsitzender Vizepräsident Cheney vor seiner Rückkehr in die Politik war, auf eine grundlegende Reform der amerikanischen Sanktionsgesetzgebung. Dabei geht es freilich nicht nur um Marktchancen im Iran und Libyen, sondern perspektivisch auch um Zugangschancen zum Irak.